

Energie Control GmbH
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ergeht per Email
gsnevo@e-control.at

Abteilung für Umwelt-
und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | A-1045 Wien
T 05 90 900DW | F 05 90 900-269
E up@wko.at
W <http://wko.at/up>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
	Up/808/Kr	4222	23.11.2012
	Mag. Cristina Kramer		

Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnungs-Novelle 2013 - STELLUNGNAHME

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für den zur Verfügung gestellten Novellierungsentwurf der Energie-Control Austria über die Anpassung der Systemnutzungsentgelte für Erdgas und nimmt dazu wie folgt Stellung:

I. ALLGEMEINES

Faire, kostenorientierte Netztarife und effizient geführte Gasnetze werden, als wesentliche Säule der Versorgungssicherheit, von der Wirtschaftskammer Österreich begrüßt. Es wird aber angemerkt, dass die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 - Novelle 2013 zu einer, teilweise erheblichen, Verteuerung der Netznutzungsentgelte für die Wirtschaft führt. Vor allem Wien und Steiermark sind massiv betroffen.

Die neuen Entgelte berücksichtigen in keiner Form die angekündigten Senkungen durch Einführung der neuen Entry/Exit-Tarife.

Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreichs wäre eine entsprechende Senkung der Systemnutzungsentgelte im gesamten Bundesgebiet notwendig. Erhöhungen der Gas-Gesamtkosten belasten österreichische Unternehmen massiv.

II. ZU DEN EINZELNEN BESTIMMUNGEN

Zur Einleitung:

In der Einleitung sollte neben den zitierten §§ 24 und 70 GWG 2011 auch noch der § 72 GWG 2011 angeführt werden.

Zu § 2 Abs. 1:

Z 13 letzter Satz:

anzumerken ist, dass gemäß § 14 Abs. 1 Z 12 GWG 2011 der Brennwert für das Marktgebiet Ost vom Marktgebietsmanager ermittelt und veröffentlicht wird.

Zu Z 11 und 17:

Der zitierte § 5 bezieht sich auf die derzeitige GSNT-VO 2008 - Novelle 2012. Richtigerweise muss der Bezug jeweils auf § 10 erfolgen.

Zu Z 13:

Der Verrechnungsbrennwert für die Regelzone Ost wurde in den Verordnungen mit 11,11 kWh/Nm³ bis 2008, mit 11,14 kWh/Nm³ in 2009 und mit 11,19 kWh/Nm³ in den Jahren 2010 bis 2012 festgesetzt.

Die nun wiederum geplante neuerliche Anhebung des „Verrechnungsbrennwerts“ ab 2013 in nur sehr geringer Höhe (0,09%) würde zu einem unverhältnismäßig hohen Umstellungsaufwand sowie zu einer damit verbundenen, erhöhten Rechnerkomplexität aus Kundensicht führen. Änderungen mit derartigen Folgewirkungen sollten in größeren Intervallen und erst nach Überschreiten eines entsprechenden Schwellenwerts vorgenommen werden. Zudem würde der Verrechnungsbrennwert ab 2013 vom „Umrechnungsbrennwert“ für die Umstellung bestehender Transportverträge auf den Fernleitungen (11,19 kWh/Nm³) abweichen.

Es wird seitens der WKÖ daher angeregt, den Verrechnungsbrennwert im Marktgebiet Ost bei, den derzeit verordneten, 11,19 kWh/Nm³ zu belassen, um die mit der Änderung verbundenen Kosten, die in Anbetracht der Geringfügigkeit der Änderung unverhältnismäßig sind, zu vermeiden.

Zu § 10 Abs. 4:

Im letzten Satz ist der Einschub *„die an die Netzebene 3 angeschlossen sind“* durch Beistriche abzugrenzen.

Auch ist bei dieser verordneten Einreihung von Kunden, die z. B. durch eine Umstellung von Erdgas auf einen anderen Energieträger bis zur Umstellung leistungsgemessene Kunden waren und durch die Umstellung auf einen Jahresverbrauch von bis zu 40.000 kWh abfallen, zu regeln, ob die im Jahr der Umstellung erfolgte Verrechnung komplett neu auf zu rollen ist oder erst im Jahr nach der Unterschreitung der Grenze von 40.000 kWh eine Verrechnung nach den Kriterien eines nicht leistungsgemessenen Kunden zu erfolgen hat.

Die Erläuterungen sagen zwar aus, dass unter 40.000kWh die Tarifsätze mit Pauschalen zu tragen kommen, es ist aber nicht geregelt, was in dem laufenden Jahr passiert, in dem die 40.000 kWh erstmals nicht erreicht werden.

Zu § 10 Abs. 7 Aliquotierung bei abweichender Abrechnungsperiode:

Die von der Behörde vorgeschlagene Aliquotierung der durchlaufenen Tarifzonen bei, vom Kalenderjahr abweichenden, Abrechnungsperioden nach Anzahl der Tage ist nicht konsistent. So wie bisher muss sowohl die Aliquotierung des Verbrauches als auch die Aliquotierung der durchlaufenen Tarifzonen über eine nachvollziehbare, rechnerische Verbrauchsabgrenzung entsprechend dem jeweiligen Lastprofil erfolgen.

Zu § 10 (8) Netznutzungsentgelt für Endverbraucher und Netzbetreiber:

Durch die Reduzierung von bisher 6 auf nunmehr 4 Tarifzonen bei den Arbeitspreisen gibt es in mehreren Bundesländern innerhalb der Netzebenen große Abweichungen bei der Reduktion der Systemnutzungsentgelte. So werden beispielsweise im Netzbereich der OÖ Ferngas in Netzebene 2 eher die größeren Verbraucher und in Netzebene 3 eher die kleineren Verbraucher bevorzugt.

Beispiel OÖ:

Prozentuelle Veränderung in Netzebene 2

Verbrauch in kWh	Reduktion der Systemnutzungsentgelte
1.000.000	-0,13%
5.000.000	-0,63%
10.000.000	-1,19%
50.000.000	-4,10%
100.000.000	-6,03%
500.000.000	-11,98%
1.000.000.000	-13,51%
10.000.000.000	-11,81%

Prozentuelle Veränderung in Netzebene 3

Verbrauch in kWh	Reduktion der Systemnutzungsentgelte
1.000	-10,10%
5.000	-19,49%
10.000	-19,30%
20.000	-11,68%
40.000	-3,44%
100.000	-8,13%
200.000	-11,22%
400.000	-8,05%

Die WKÖ schlägt daher vor, die Senkung der Netzentgelte innerhalb der beiden Netzebenen gleichmäßiger aufzuteilen, sodass sich in etwa eine lineare Preissenkung für alle Kundengruppen ergibt.

Zu § 10 Abs. 9:

Die angeführten Zeiträume 0.00 Uhr bis 24.00 Uhr müssten jeweils auf den von der E-Control festgelegten Gastag (6.00 Uhr bis 6.00 Uhr des Folgetages) geändert werden.

Zu § 12 Abs. 2 und § 13 Abs. 2:

Bedeutet die Formulierung „für Verträge mit einer Laufzeit von einem Jahr“, dass für Verträge mit einer davon abweichenden Laufzeit kein Netznutzungsentgelt zu verrechnen ist? Da Netznutzungsverträge in der Regel unbefristet abgeschlossen werden, hätte dies zur Folge, dass diese Bestimmung bedeutungslos ist.

Zu § 14 Kostenwälzung:

Die Bestimmung ist nicht nachvollziehbar. Auch die Erläuterungen bieten keinerlei weitere Anhaltspunkte zum besseren Verständnis. Mangels erforderlicher Transparenz bei der Berechnung der überwältigten Kosten, können die jeweiligen Zahlungen daher nicht nachvollzogen und überprüft werden. Wir bitten daher um zusätzliche Erläuterungen, damit wir zu dieser Bestimmung abschließend Stellung nehmen können.

Zu § 15 Abs. 6 Z 3 und Abs. 7 Z 2 Entgelt für Messleistungen:

Der Begriff „Onlinemessung“ ist nicht festgelegt. In den Erläuterungen zur GSNT-VO 2008 Novelle 2012 wird bzgl. „Onlinemessung“ in einem gänzlich anderen Zusammenhang (Feststellung des Brennwertes) ausgeführt: *„Die Brennwerte werden jährlich aufgrund der von den Regelzonenführern gemeldeten und veröffentlichten Brennwerten festgesetzt und basieren auf gemessenen Werten (\"Onlinemessung\").“*

Da derzeit für die Umsetzung der Onlineübertragung bzw. -messung gem. § 37 Abs. 7 GMMO-VO 2012 noch keine Vorgaben hinsichtlich Datenqualität, Intervallerfordernisse etc. festgelegt sind, ist nicht nachvollziehbar, auf welcher Basis die vorgesehenen Höchstpreise für die Vorhaltung der Geräte, die Errichtung und Demontage der Messung und die laufende Datenübertragung ermittelt wurden.

Neben den fehlenden Vorgaben zur Datenqualität bei der Onlineübertragung von Messwerten, bleibt auch völlig unklar, welche Aufwendungen und Komponenten tatsächlich mit dem unter Abs. 7 Z 2 angeführten Höchstpreis für die Errichtung von Onlinemessungen abgedeckt sind.

Die unterschiedlichen Gegebenheiten und Voraussetzungen bei den Kundenanlagen lassen keine Pauschalierung zu und erfordern eine jeweils maßgeschneiderte Lösung, die sowohl unter, als auch über den vorgegebenen Höchstpreisen liegen kann.

Weiters möchten wir darauf hinweisen, dass eine Verrechnung von Online-Messgeräten mit 1. Jänner 2013 nicht möglich ist, da es derzeit keine Spezifikationen bzgl. Onlinemessungen gibt und eine Anpassung von IT-Systemen mit der notwendigen technischen Infrastruktur mindestens 6 Monate benötigt.

Anmerkung:

Abschließend ist festzuhalten, dass generell unklar ist, ob die Tarifänderungen mit 1. Jänner 2013, 0:00 Uhr, oder analog dem von ECA festgelegten Gastag mit 1. Jänner, 6:00 Uhr in Kraft treten bzw. zur Anwendung kommen. Um Abgrenzungsprobleme der ersten 6 Stunden zu vermeiden, ist eine konsistente Vorgangsweise erforderlich.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme, bitten um Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Dr. Christoph Leitl
Präsident

Mag. Anna Maria Hochhauser
Generalsekretärin